

Beschluss-(Resolutions-)Antrag

der Gemeinderäte Maximilian Krauss, MA (FPÖ) und Lukas Brucker, MA (FPÖ) zu Post Nr. 1 der Tagesordnung (Finanzen, Wirtschaft, Arbeit, Internationales und Digitales (GFW)) für den Gemeinderat am 16.12.2025 - 17.12.2025.

Lebensmittelpreise explodieren

Die anhaltend hohe Inflation macht spürbare Entlastungen dringend notwendig. Die Inflation in Österreich liegt weiterhin über dem EU-Schnitt – das trifft Arbeitnehmer wie Betriebe. Daher braucht es Maßnahmen gegen Preissteigerungen - insbesondere bei Lebensmitteln, um die Teuerung wieder in den Griff zu bekommen. Dazu könnten auch Preiseingriffe bei Nahrungsmittelpreisen zählen. Die AK Preisvergleiche zeigen außerdem regelmäßig einen Österreich-Aufschlag. Diese Praxis gehört abgestellt, es ist völlig absurd, dass für manche Lebensmittel in Österreich mitunter doppelt so viel bezahlt werden muss, wie in Deutschland. Eine aktuelle Untersuchung zeigt, dass idente Lebensmittel in Österreich durchschnittlich um 13 Prozent mehr kosten als in Deutschland. Selbst Ketten, die in beiden Ländern aktiv sind, profitieren von diesen Preisunterschieden. Die Grenzlinie zwischen Österreich und Deutschland zieht auch preislich eine tiefe Schneise zwischen die beiden Länder. Das zeigt eine aktuelle Studie des von der Europäischen Zentralbank (EZB) koordinierten Forschungsprojektes "Prisma" ("Price-setting Microdata Analysis Network"). Anhand umfassender Datensätze leistet eine von österreichischen und deutschen Ökonomen erstellte Analyse erstmals empirisch eindeutige Evidenz für die unterschiedlichen Preissetzungen identischer Güter in Österreich und Deutschland. Von 2008 bis 2018 untersuchte das Forschungsteam, wie viel Konsumgüter auf beiden Seiten der Grenze kosten — und stellten teils gravierende Unterschiede fest.

Durchschnittlich sind die Preise auf der österreichischen Seite der Grenze um rund 13 Prozent höher — bei verpackten Lebensmitteln im Schnitt etwas weniger, bei Drogeriewaren und Reinigungsmitteln noch etwas mehr. Laut AK-Preismonitoring waren idente Lebensmittel bei der letzten Abfrage in Österreich um fast zehn Prozent teurer als in Deutschland, Drogeriewaren durchschnittlich gar um 30 Prozent. EZB-Daten zufolge gibt es europaweit zuletzt vermehrt Anhaltspunkte, dass die Gewinnmargen großer Handelsketten sowie landwirtschaftlicher Produzenten gestiegen seien. Sowohl Handel als auch Landwirtschaft könnten also zum Leidwesen der Konsumenten von der Doppelkrise Corona und Inflation profitiert haben. Insofern ist die Bundeswettbewerbsbehörde als auch der Bundeskartellanwalt aufgefordert, tätig zu werden. Darüber hinaus sollte angedacht werden, die Umsatzsteuer auf Lebensmittel zur Entlastung der Konsumenten bis auf weiteres auszusetzen. Eine Senkung der Umsatzsteuer auf Lebensmittel und alkoholfreie Getränke auf null Prozent würde laut parlamentarischer Anfragebeantwortung des Budgetdienstes die einkommensschwächsten zehn Prozent der Bevölkerung um knapp 5 Prozent ihres Durchschnittseinkommens entlasten.

Die gefertigten Gemeinderäte stellen daher gemäß § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat der Stadt Wien nachfolgenden

Beschlussantrag

Der Wiener Gemeinderat spricht sich für eine Senkung der Lebensmittelpreise und für Preiseingriffe bei Lebensmitteln aus und fordert

1. den Bundesminister für „Arbeit und Wirtschaft“ auf, die Bundeswettbewerbsbehörde anzuleiten, ein Ermittlungsverfahren einzuleiten und Anträge beim Kartellgericht auf Geldbußen zu stellen
2. die Justizministerin auf, dem Bundeskartellanwalt anzuweisen, zur Wahrung der öffentlichen Interessen die Parteistellung im kartellgerichtlichen Verfahren wahrzunehmen und

3. den Bundesminister für Finanzen auf, die Aussetzung der Umsatzsteuer auf Lebensmittel anzudenken.

In formeller Hinsicht beantragen wir die sofortige Abstimmung.

